

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach den Richtlinien des Landes Nordrhein-Westfalen über die
Gewährung von Zuwendungen zur berufsbezogenen Weiterbildung in der Landwirtschaft
Rd.Erl. des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom
14.09.2000 - II A 2 - 2513.21

Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) in NRW - Verordnung (EG) Nr. 1257/1999

An den Direktor der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragter	Eingangsstempel
--	-----------------

1. Antragstellerin/Antragsteller

Name/Bezeichnung:	<input type="text"/>	Unternehmernummer:	<input type="text"/>
Anschrift:	<input type="text"/>		
	<input type="text"/>		
Bankverbindung:	BLZ <input type="text"/>	Kto-Nr. <input type="text"/>	Telefonnummer:
	<input type="text"/>		
Kreditinstitut	<input type="text"/>		

2. Maßnahme

Es wird eine Zuwendung des Landes im Rahmen der o.g. Richtlinien für folgende berufsbezogene Weiterbildungsmaßnahme beantragt:

Lehrgang in offener Form (Seminar)
Im Rahmen des Lehrganges soll eine
Besichtigungsfahrt stattfinden: ja

Lehrgang in geschlossener Form

Das Thema des Lehrganges lautet:

Er soll vom bis in stattfinden.

Voraussichtliche Zahl der Teilnehmerinnen/Teilnehmer

davon zuwendungsberechtigt (s. Ziff. 4.2 u. 4.3 der o. a. Richtlinien)

3. Gesamtkosten

Unter Punkt 3.1 Ziffer 11 ist eine Vereinfachung für die Kostenaufstellung und den Zahlungsnachweis möglich. Hier können die voraussichtlichen Gesamtkosten für

- Lernmittel ohne beständigen Wert
- Veranstaltungsräume
- Vergütung, Honorare und Reisekosten für Referentinnen/Referenten
- Entschädigung für Betriebe, die sich für die Durchführung von Lehrgängen und Praktika zur Verfügung stellen

zusammengefasst als Pauschale für Maßnahmen bis zu 25 Teilnehmerinnen/Teilnehmer und bis zu 200 Stunden in Höhe von 6,14 Euro je Teilnehmerin/Teilnehmer und Lehrgangsstunde in Ansatz gebracht werden. Bei größeren Gruppen oder längerer Lehrgangsdauer reduziert sich die Pauschale auf 3,07 Euro je Teilnehmerin/Teilnehmer und Lehrgangsstunde.

3.1 Die voraussichtlichen Gesamtkosten ergeben sich aus folgender Kostenaufstellung

		Nicht vom Antragsteller auszufüllen		
Aufwendungen	Euro	Zuwendungsfähige Ausgaben Euro	Fördersatz v. H.	Zuwendung Euro
1. Unterbringung und Verpflegung der Teilnehmerinnen/Teilnehmer am Lehrgangsort (Nr. 5.4.1.1 der Richtlinien)				
2. Fahrkosten für die An- und Rückreise a) Teilnehmerinnen/Teilnehmer b) Referentinnen/Referenten (Nr. 5.4.1.2 der Richtlinien)				
3. Arbeits- und Verbrauchsmaterialien (Lernmittel) ohne beständigen Wert (Nr. 5.4.1.3 der Richtlinien)				
4. Mieten und Nebenkosten für Veranstaltungsräume (Nr. 5.4.1.4 der Richtlinien)				
5. Honorare der Referentinnen/Referenten (Nr. 5.4.1.5 der Richtlinien)				
6. Entschädigung für Betriebe (Nr. 5.4.1.6 der Richtlinien)				
7. Beförderungskosten (Busse, öffentliche Verkehrsmittel) für Besichtigungsfahrt(en) im Rahmen von Maßnahmen nach 2.3 (Nr. 5.4.1.7 der Richtlinien)				
8. Nur für Maßnahmen der DEULA-Schulen und der Landwirtschaftskammern! Teilnehmergebühren lt. Gebührenordnung (Nr. 5.4.1.8 der Richtlinien)				
9. Erstattung des Verdienstausfalles bei sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern (Nr. 5.4.1.9 der Richtlinien)				
10. Erstattung von nachgewiesenen Ausgaben zur Betreuung von Kindern unter 14 Jahren (Nr. 5.4.1.10 der Richtlinien)				
Übertrag				

			Nicht vom Antragsteller auszufüllen	
Aufwendungen	Euro	Zuwendungsfähige Ausgaben Euro	Fördersatz v. H.	Zuwendung Euro
Übertrag				
11 Pauschale in Höhe von 6,14 Euro/ Teiln./ Lehrgangsstunde bis zu 25 Teilnehmer/ innen und bis zu 200 Stunden ohne Einzelnachweis für: - Arbeitsmaterial (5.4.1.3 der Richtlinien) - Mieten (5.4.1.4 der Richtlinien) - Honorare für Referentinnen/Referenten (5.4.1.5 der Richtlinien) - Entschädigung für Betriebe (5.4.1.6 der Richtlinien)				
Ausgaben insgesamt:			--	

3.2 Beantragte Zuwendung **Euro**

4. Finanzierungsplan

4.1	Gesamtkosten	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
		20.....	20.....	20..... u. folg.
		Euro	Euro	Euro
4.2	Eigenanteil der Antragstellerin/des Antragstellers			
4.3	Kostenbeiträge der Teilnehmerinnen/Teilnehmer			
4.4	Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)			
4.5	Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.6) durch			
4.6	Beantragte Zuwendung (Nr. 3.2)			
4.7	Finanzierungsmittel insgesamt			

5. Begründung

5.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Konzeption, Ziel, Nutzen)
5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

6. Verpflichtungen, Erklärungen und Einverständnis

Verpflichtung

Ich verpflichte mich,

- 6.1 jede Abweichung vom Antrag sowie alle Tatsachen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind, unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Erklärung

Ich erkläre, dass

- 6.2 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,
- 6.3 ich zum Vorsteuerabzug berechtigt nicht berechtigt bin und dies bei den Ausgaben berücksichtigt habe (Preise ohne Umsatzsteuer)
- 6.4 die in diesem Antrag (einschließlich der Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

Einverständnis

Ich bin damit einverstanden, dass

- 6.5 alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, 1. WiKG) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) in der jeweils gültigen Fassung sind,
- 6.6 die zuständige Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel entscheidet, und ich dadurch keinen Rechtsanspruch auf die Gewährung der Zuwendung habe,
- 6.7 ein Erstattungsanspruch mit 3 v. H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 Bürgerliches Gesetzbuch jährlich zu verzinsen ist,
- 6.8 von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können,
- 6.9 die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und die Angaben in und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüfungsorgane kontrolliert werden können,
- 6.10 die Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können und ich/wir auf die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses sowie über dessen Widerrufbarkeit belehrt worden bin/sind.
- 6.11 Die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur berufsbezogenen Weiterbildung in der Landwirtschaft in gültiger Fassung sind mir bekannt.

7. Anlagen

- 7.1 Programm der berufsbezogenen Weiterbildungsmaßnahme (ggf. mit Programm der Besichtigungsfahrt)
- 7.2 Satzung oder Tätigkeitsbericht des Maßnahmenträgers über das der Antragstellung vorausgehende Jahr. (Entfällt, wenn diese Unterlagen der Bewilligungsbehörde bereits vorliegen).